



Deutsche Wirtschaft wächst stärker – doch der Aufschwung verliert schnell an Kraft

Michael Fiedler

Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute heben ihre Prognose für Deutschland deutlich an: 2026 soll die Wirtschaft um 1,3 Prozent wachsen. Doch die Gemeinschaftsdiagnose liefert nur auf den ersten Blick eine Entwarnung. Schon 2028 schrumpft das erwartete Wachstum auf 0,4 Prozent – während Demografie, schwache Investitionen und steigende Staatsdefizite den Handlungsspielraum zunehmend begrenzen.

Von einem kräftigen und dauerhaft selbsttragenden Aufschwung kann dennoch kaum die Rede sein. Für 2028 erwarten die Institute nur noch 0,4 Prozent Wachstum. Oliver Holtemöller, Konjunkturchef des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), spricht von einem Aufschwung auf „schmalem Fundament“. Hohe Energiepreise und strukturelle Probleme belasteten die weitere Entwicklung.

Exporte überraschen – Konsum und Investitionen bleiben schwach

Die bessere Prognose ist vor allem auf die Entwicklung im ersten Halbjahr zurückzuführen. Exporte und Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe legten stärker zu als erwartet. Nach Angaben der Institute profitierte Deutschland von der robusten Weltkonjunktur und dem globalen KI-Boom. Zugleich waren Wettbewerber aus der Golfregion infolge des Iran-Kriegs von erheblichen Produktionsbeeinträchtigungen betroffen. Auch der Staatsverbrauch stützte die Konjunktur.

Die privaten Wachstumskräfte bleiben dagegen schwach. Sowohl die Unternehmensinvestitionen als auch der private Konsum entwickelten sich bislang verhalten. Der Energiepreisschock infolge des Iran-Kriegs belastet zusätzlich, auch wenn die höheren Kraftstoff- und Heizölpreise bislang kaum auf andere Verbraucherpreise übergegriffen haben.

Im dritten Quartal verliert die Erholung zudem vorübergehend an Schwung. Seit Mitte Juli beeinträchtigt Niedrigwasser insbesondere die Produktion der chemischen Industrie. Gleichzeitig drücken höhere Energiepreise auf die Kaufkraft. Für das dritte Quartal rechnen die Institute deshalb lediglich mit einem BIP-Zuwachs von 0,1 Prozent gegenüber dem Vorquartal. Ab dem vierten Quartal soll sich die Situation wieder verbessern. Neben einer Normalisierung der Pegelstände sollen eine robuste Auslandsnachfrage sowie steigende staatliche Ausgaben für Verteidigung und Infrastruktur die Konjunktur stützen.

2028 wird die Demografie zur Wachstumsbremse

Für 2027 erwarten die Institute zunächst eine stärkere Unterstützung durch die Binnenwirtschaft. Steigende reale verfügbare Einkommen sollen den privaten Konsum beleben, zudem dürften die Wohnungsbauinvestitionen allmählich wieder zulegen. Die private Investitionstätigkeit insgesamt bleibt nach der Prognose allerdings schwach. Danach tritt ein grundsätzliches Problem stärker hervor. Das Erwerbspersonenpotenzial schrumpft demografiebedingt und das Potenzialwachstum geht zurück. Dadurch reichen künftig bereits geringe Wachstumsraten aus, um die vorhandenen gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten auszulasten. Die Eckdaten verdeutlichen die Entwicklung. Die Zahl der Erwerbstätigen sinkt nach der Prognose von knapp 45,9 Millionen im Jahr 2025 auf rund 45,6 Millionen 2027. Erst 2028 erwarten die Institute wieder einen leichten Anstieg auf rund 45,7 Millionen. Damit bedeutet ein Wachstum von nur 0,4 Prozent im Jahr 2028 nicht zwangsläufig eine neue konjunkturelle Krise. Es verweist vielmehr auf ein zunehmend niedrigeres Wachstumspotenzial der deutschen Volkswirtschaft.

Inflation steigt 2027 noch einmal auf 3,2 Prozent

Auch bei den Verbraucherpreisen ist die Entspannung zunächst begrenzt. Für 2026 rechnen die Institute mit einer Inflationsrate von 2,8 Prozent. Im kommenden Jahr soll sie sogar auf 3,2 Prozent steigen. Erst 2028 wird mit 2,0 Prozent wieder eine Rate in der Nähe des mittelfristigen Preisstabilitätsziels der Europäischen Zentralbank erwartet. Der Arbeitsmarkt reagiert verzögert auf die wirtschaftliche Erholung. Für 2026 werden knapp drei Millionen Arbeitslose und eine Arbeitslosenquote von 6,4 Prozent erwartet. 2027 soll die Quote auf 6,2 Prozent und 2028 auf 5,8 Prozent zurückgehen. Gleichzeitig sinkt die Erwerbstätigkeit zunächst weiter.

Staatsdefizit steigt auf 237 Milliarden Euro

Besonders deutlich fällt die Warnung der Institute zur Finanzpolitik aus. Für 2026 erwarten sie ein staatliches Finanzierungsdefizit von 192,2 Milliarden Euro beziehungsweise 4,1 Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts. 2027 sollen es bereits 213,2 Milliarden Euro sein. 2028 steigt das Defizit der Prognose zufolge auf 237,3 Milliarden Euro oder

4,7 Prozent des BIP. Nach Einschätzung der Institute dürfte der Zuwachs der Nettoprimärausgaben den im europäischen Regelwerk vorgesehenen Pfad deutlich überschreiten. Auch bei Einhaltung der reformierten nationalen Schuldenbremse erwarten sie mittelfristig eine steigende Schuldenquote und erheblich höhere Zinsausgaben. Daraus entstehe ein wachsender Konsolidierungsbedarf. Die Gemeinschaftsdiagnose trägt deshalb den ungewöhnlich deutlichen Titel „Aufschwung mit Strukturproblemen – Finanzpolitik auf Abwegen“. Die Diagnose dahinter ist differenzierter als die angehobene Wachstumsprognose vermuten lässt: Deutschland kommt aus der konjunkturellen Schwächephase heraus, ohne seine strukturellen Wachstumsprobleme bereits überwunden zu haben.

Aufschwung löst die Strukturprobleme nicht

Kurzfristig fällt die Lage damit günstiger aus als noch vor wenigen Monaten erwartet. Exporte, Industrieproduktion und staatliche Nachfrage haben die Wirtschaft stabilisiert. Ab 2027 sollen auch Konsum und Wohnungsbau stärker beitragen. Mittelfristig bleibt das Bild jedoch deutlich verhaltener. Unternehmensinvestitionen bleiben schwach, das Arbeitskräfteangebot schrumpft und die öffentlichen Defizite steigen. Gleichzeitig erwarten die Institute bereits für 2028 nur noch 0,4 Prozent Wachstum. Die entscheidende Botschaft der Herbstdiagnose liegt deshalb weniger in der kräftigen Prognosekorrektur für 2026 als in der Frage, wie viel Wachstum Deutschland nach dem Ende der konjunkturellen Erholung überhaupt noch erreichen kann. Die Gemeinschaftsdiagnose wird zweimal jährlich im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie erstellt. Am Herbstgutachten 2026 waren DIW Berlin, ifo Institut gemeinsam mit WIFO, Kiel Institut für Weltwirtschaft, IWH und RWI beteiligt.

Eckdaten der Prognose für Deutschland

	2023	2024	2025	2026	2027	2028
Bruttoinlandsprodukt ¹	-1,0	0,0	0,2	1,3	1,1	0,4
Erwerbstätige ² (1 000 Personen)	45 909	45 960	45 878	45 676	45 633	45 712
Arbeitslose (1 000 Personen)	2 609	2 787	2 948	2 991	2 920	2 737
Arbeitslosenquote BA ³ (in %)	5,7	6,0	6,3	6,4	6,2	5,8
Verbraucherpreise ⁴	5,9	2,2	2,2	2,8	3,2	2,0
Lohnstückkosten ^{4,5}	7,8	5,1	4,3	2,1	2,6	3,4
Finanzierungssaldo des Staates ⁶						
In Mrd. Euro	-95,0	-121,1	-136,5	-192,2	-213,2	-237,3
In % des nominalen Bruttoinlandsprodukt	-2,2	-2,8	-3,0	-4,1	-4,3	-4,7
Leistungsbilanzsaldo						
In Mrd. Euro	232,4	255,1	200,1	222,9	251,2	232,7
In % des nominalen Bruttoinlandsprodukt	5,5	5,8	4,4	4,7	5,1	4,6

¹ Preisbereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

² Inlandskonzept.

³ Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit).

⁴ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

⁵ Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

⁶ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 2010).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Deutsche Bundesbank; 2026 bis 2028: Prognose der Institute.

© GD Herbst 2026

Quelle:

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4952064/Herbst-Prognose-Wirtschaftsinstitute/>